

Beschluss Frauenrechte in der digitalen Welt wahren - für ein
#NetzohneGewalt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 **Für ein Netz ohne Gewalt**

- 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt den Aufruf „Gegen den Rollback im Netz -
3 Digitale Gewalt
4 geht uns alle an!“ mit dem Frauen, die sich schon seit langem gegen Hate Speech und
5 digitale
6 Gewalt einsetzen, auf die geschlechtsspezifischen Aspekte dieser Angriffe im Netz
7 hinweisen.
8 Es ist gut, dass inzwischen die verbale sexualisierte Gewalt im Netz gegen politisch
9 aktive
10 Frauen in der Öffentlichkeit und den Medien mehr Beachtung findet. Aus den
11 Frauenberatungsstellen und von Aktivistinnen aber wissen wir, dass es längst auch
12 einen
13 deutlichen Zuwachs digitaler Gewalt und Hass im Alltag von Frauen gibt.
14 Frauen sind besonders Zielscheibe von Hassrede und digitaler Gewalt, sie werden
15 damit an
16 gesellschaftlicher Teilnahme gehindert, äussern ihre Meinung weniger. Wie in den
17 70/80er
18 Jahren, als das Ausmaß von häuslicher Gewalt öffentlich thematisiert und politisch
19 angegangen wurde, müssen wir nun darauf hinweisen, dass Frauen von digitaler
20 Gewalt
21 besonders betroffen sind. Das ist Angriff auf ihre Persönlichkeitsrechte, auf ihre
22 Meinungsfreiheit und die Beteiligungsrechte der Frauen und damit unserer
23 Gesellschaft
24 insgesamt.
25 Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit stecken hinter den
heftigen Attacken die viele Menschen erleiden müssen. Diese Attacken betreffen
massiv
Schwarze Frauen und Frauen of Color sowie nicht-binäre, trans* und inter* Personen.
Hasskommentare, Doxing, Online-Stalking, unerlaubt verbreitete Nacktfotos zählen zu den
„neuen“ Gewaltformen. Vorhandene strukturelle Diskriminierung wird dadurch noch
verstärkt.
Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist von Beginn an ein Anliegen von
BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN. Wir wollen eine starke Stimme sein für eine gesellschaftliche und rechtliche
Gleichstellung und die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen. Wir haben viel
erreicht
und wollen diese Fortschritte auch in einer digitalisierten Gesellschaft weiter
vorantreiben. Gerade wenn Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme einen Rollback in

Sachen

26 Gleichberechtigung fordern und nicht selten selbst an digitaler Gewalt gegen
marginalisierte

27 Gruppen beteiligt sind, ist unser Engagement gefordert.

28 Digitale Gewalt knüpft inzwischen auch in sozialen Nahbereich an bekannte
Gewaltformen an,

29 verstärkt diese und bringt neue Herausforderungen mit sich, auf die es bisher keine
30 adäquaten Antworten gibt. Wir wollen das Problem digitaler Gewalt gegen Frauen im
sozialen

31 Nahraum klar benennen und konsequent angehen.

32 Deshalb unterstützen wir die Forderungen des Aufrufs:

33 **"1. Problembewusstsein schaffen!**

34 • Wir fordern eine öffentliche Debatte, die die geschlechtsspezifischen Aspekte von

35 digitaler Gewalt und Hate Speech zum Schwerpunkt hat und die Verwobenheit
mit anderen

36 Diskriminierungsformen wie z.B. Rassismus, Antisemitismus oder
37 Behindertenfeindlichkeit klar benennt

38 • Dazu braucht es reichweitenstarke Awarenesskampagnen durch öffentliche
Institutionen

39 und politische Entscheidungsträger*innen, die digitale Gewalt und Hate Speech
immer in

40 bestehende Gewaltformen und Machtverhältnisse einbetten

41 • Die Kampagnen sollen für die verschiedenen Formen digitaler Gewalt
sensibilisieren,

42 Betroffenen vermitteln, wo sie Hilfe erhalten und Nicht-Betroffenen erklären, wie
sie

43 unterstützen können

44 **2. Strukturen schaffen, um Strafverfolgung durchzusetzen!**

45 • Wir fordern die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu digitaler
Gewalt und
46 Hate Speech

47 • Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen personell und technisch so
ausgestattet

48 und ausgebildet werden, dass sie Strafrechtsverstöße im Netz den Bedürfnissen
der

49 Betroffenen angemessen und zeitnah bearbeiten können

50 • Dafür müssen auch die Anzeigemöglichkeiten und zivilrechtlichen Schritte für
Betroffene bekannter gemacht werden, sowie die Hürden der

51 Rechtsdurchsetzung in den

52 Blick genommen und abgebaut werden

53 • Polizei und Justiz müssen außerdem über die Angebote der Informations- und

54 Beratungsstellen zu digitaler Gewalt und Hate Speech informiert sein, um an

diese
verweisen zu können

55

56 **3. Bestehende Informations- und Beratungsstellen fördern und ausbauen!**

57 • Es besteht bereits ein breites Netz an Informations- und Beratungsstellen, die zu
58 geschlechtsspezifischer Gewalt arbeiten und dabei auch Betroffenen von digitaler

59 Gewalt und Hate Speech helfen

60 • Diese Stellen müssen unabhängig arbeiten können und Betroffenen kosten- und
61 barrierefrei zur Verfügung stehen

62 • Hierfür muss die Finanzierung der Informations- und Beratungsstellen langfristig
63 und nachhaltig gewährleistet sein

64 • Die zuständigen Berater*innen müssen zu den verschiedenen Formen digitaler
65 Gewalt und ihrer Konsequenzen aus- und weitergebildet werden sowie die Möglichkeit haben,
66 sich technisch fortzubilden

67 • Social-Media-Diensteanbieter müssen noch stärker in die Pflicht genommen
68 werden, indem sie auch Kosten für das umfassende Beratungsangebot tragen und gleichzeitig
69 die Unabhängigkeit der Informations- und Beratungsstellen respektieren

70 **4. Forschung zu geschlechtsspezifischer Gewalt aktualisieren und ausweiten!**

71 • Beratungsstellen sehen bereits im Praxisalltag das wachsende Ausmaß von
72 digitaler Gewalt und Hate Speech

73 • Um Betroffene noch besser zu unterstützen sowie präventive
74 Aufklärungsmaßnahmen entwickeln zu können, muss die Arbeit der Beratungsstellen und
75 zivilgesellschaftlicher Initiativen unbedingt durch konkrete Daten aus Deutschland zu Häufigkeit,
76 Betroffenheit, unterschiedlichen Gewaltformen etc. unterfüttert werden

77 • Wir brauchen hierzu z.B. ein dringendes Update der repräsentativen Studie des
78 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zu Gewalt
79 gegen Frauen in Deutschland aus dem Jahr 2004, denn der Studie fehlen wichtige
80 Informationen über geschlechtsspezifische digitale Gewalt

81 • Außerdem soll die Polizei geschlechtsspezifische Statistiken zu digitaler Gewalt
82 führen"

83 Der vollständige Aufruf findet sich hier: www.netzohneGewalt.org